

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 104. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 24. September 2015

### 1. Abgeordnete

Hans Jürgen Noss und  
Michael Hüttner (SPD)

### Kommunale Förder- und Investitionsbilanz der Jahre 2011 bis 2015

Am 10. September 2015 hat Innenminister Roger Lewentz die kommunale Förder- und Investitionsbilanz seines Ressorts für den Zeitraum 2011 bis 2015 vorgestellt. Darin werden die Investitionen und Förderungen erläutert, durch die die Landesregierung, neben den allgemeinen Finanzaufweisungen, unter anderem in den Bereichen Dorf- und Stadterneuerung, Investitionsstock, Kriminalprävention, Brand- und Katastrophenschutz, Sport, Straßenbau und ÖPNV oder auch Breitband- und IT-Förderung die rheinland-pfälzischen Kommunen finanziell unterstützt hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Schwerpunkte hat die Landesregierung auch im Hinblick auf den demografischen Wandel bei ihrer Förder- und Investitionspraxis gesetzt?
2. Welche Bedeutung haben die Bereiche Polizei und Feuerwehrwesen in der Kommunalbilanz?
3. Welche Rolle spielten Formen der kommunalen Zusammenarbeit für die Förder- und Investitionspolitik?

### 2. Abgeordneter

Christian Baldauf (CDU)

### Rassistische Hetze im Internet und fremdenfeindliche Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte/Haltung der Landesregierung zu einem Verbot von Sympathiewerbung

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung der bayerischen Landesregierung, angesichts der Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in der jüngsten Zeit sowie der damit einhergehenden Kommentare im Internet die sog. „Sympathiewerbung“ für kriminelle und terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe zu stellen?
2. Wird sie eine entsprechende Bundesratsinitiative der bayerischen Landesregierung im Bundesrat unterstützen?
3. Wenn nein: Warum nicht?
4. Sind nach Auffassung der Landesregierung Stelleneinsparungen bei den ordentlichen Gerichten und Staatsanwaltschaft(en) angesichts dieser Herausforderungen das richtige Signal?

**3. Abgeordnete**

**Pia Schellhammer und  
Nils Wiechmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Zunahme rechter Hetze und Übergriffe gegen Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz**

Die Zahl der Angriffe gegen Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte ist in ganz Deutschland in den vergangenen Monaten stark angestiegen. Die Gewalt reicht von Schmierereien bis hin zu Brandanschlägen und Morddrohungen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Zahlen der Brandanschläge und sonstigen Angriffe (Körperverletzung, Beleidigungen, Sachbeschädigung) gegen Flüchtlingsunterkünfte in den letzten vier Jahren entwickelt?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Bedrohungslage der Flüchtlinge aufgrund rechts-extremer Umtriebe?
3. Welche Sicherheitsmaßnahmen sind aufgrund rechter Agitation notwendig, um Flüchtlinge zu schützen?

**4. Abgeordnete**

**Alexander Licht und  
Gerd Schreiner (CDU)**

**Offene Handwerkerrechnungen im Zuge des Insolvenzverfahrens am Nürburgring**

Im Zuge des Insolvenzverfahrens am Nürburgring sind auch viele Handwerker und weitere Unternehmen mit offenen Rechnungen an die Nürburgring GmbH und deren Tochterfirmen betroffen.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung als Gläubiger der Nürburgring GmbH und als politisch verantwortliche Exekutive für eine gute Strukturpolitik in der Region Eifel die rechtlichen Voraussetzungen dafür, offene Rechnungen von Handwerkern und anderen Firmen im Rahmen des Insolvenzverfahrens wenigstens teilweise zu begleichen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Auffassung der Insolvenzverwalter, die Forderungen des Landes nachrangig zu stellen, was die Begleichung von Handwerkerrechnungen erleichtern würde?
3. Welche Folgen hätte nach Kenntnis der Landesregierung eine solche Nachrangigstellung der Forderungen des Landes für den Landeshaushalt?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den durch offene Rechnungen betroffenen Firmen außerhalb des Insolvenzverfahrens einen Ausgleich zukommen zu lassen, nachdem die Insolvenz der Nürburgring GmbH durch das Handeln der Landesregierung zu verantworten ist?

**5. Abgeordnete**

**Fredi Winter und  
Michael Hüttner (SPD)**

**Tourismus in Rheinland-Pfalz auch im Jahr 2015 auf Erfolgskurs**

Nach aktuellen Angaben des Statistischen Landesamts Rheinland-Pfalz vom 9. September 2015 knüpften die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe im Monat Juli an die positive Entwicklung des ersten Halbjahres an. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamts besuchten über eine Million Gäste das Land, das waren 6,7 Prozent mehr als im Juli 2014. Die Zahl der Übernachtungen lag mit 2,9 Millionen um 4,7 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung des Tourismus in 2015?
2. Was sind aus Sicht der Landesregierung die wesentlichen Treiber dieser positiven Entwicklung?
3. Wie schätzt die Landesregierung generell die weitere touristische Entwicklung in Rheinland-Pfalz in 2015 ein?

6. Abgeordnete  
Martin Brandl und  
Dr. Norbert Mittrücker  
(CDU)

#### **Gutachten für die Landesregierung zur „Kraftwerksstilllegung zur Emissionsreduzierung und Flexibilisierung des deutschen Kraftwerksparks“**

Das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung hat am 1. September 2015 ein von der Landesregierung bestelltes Gutachten vorgestellt, in dem die vorzeitige Stilllegung von 99 Kohlekraftwerksblöcken gefordert wird.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Mit welchen Überlegungen zum Nutzen für die Energiepolitik in Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung dieses Gutachten bestellt?
2. Wie hoch waren die Kosten für das Gutachten?
3. In welcher Weise hat die Landesregierung geprüft, ob es sinnvoll und fair ist, gutachterliche Empfehlungen auszusprechen, die zu Verlusten von Arbeitsplätzen in fast allen Bundesländern außer in Rheinland-Pfalz führen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Notwendigkeit, den Prozess der Energiewende mit dem Bund und zwischen den Ländern abzustimmen und zu koordinieren und dabei die Interessen der verschiedenen Bundesländer auszugleichen?

7. Abgeordnete  
Dr. Bernhard Braun,  
Anna Neuhof,  
Wolfgang Schlagwein  
und Anne Spiegel  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Neue Wege der Flüchtlingsunterbringung – Unterkünfte aus Holz**

Die Landesregierung reagiert auf die stark steigende Anzahl der Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz und entwickelt neue Wege bei der Unterbringung. Zahlreiche Zelte, die kurzfristig aufgestellt werden mussten, sind keine Dauerlösung. Der Vorstoß der Landesregierung, verstärkt Unterkünfte aus Holz zu bauen, die winterfest sind und auch langfristig bestehen bleiben, ist daher ein möglicher Lösungsansatz.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Möglichkeit, schnell winterfeste Unterkünfte aus Holz zu bauen?
2. Welche Vorteile hat diese Art der Herstellung der Unterkünfte?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, damit die Unterkünfte in Holzbauweise verstärkt eingesetzt werden?
4. In welchem Umfang können ab welchem Zeitpunkt diese Unterkünfte aus Holz eingesetzt werden?

8. Abgeordnete  
Anke Simon und  
Heiko Sippel (SPD)

#### **Marktwächter Digitale Welt: Internet-Streamingdienste**

Am 3. September 2015 stellte die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz der Ministerpräsidentin gemeinsam mit dem Bundesjustizminister Heiko Maas sowie dem rheinland-pfälzischen Minister für Justiz und Verbraucherschutz Gerhard Robbers eine repräsentative Umfrage vor, die sie im Rahmen des Projekts „Marktwächter Digitale Welt“ durchgeführt hat. Im Rahmen des Schwerpunktthemas „Digitale Güter“ nimmt der Marktwächter nun die Streaming-Angebote im Netz in den Blick.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Konzept verfolgt das Projekt „Digitaler Marktwächter“?
2. Welchen Beitrag leistet hierzu die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz?
3. Welches Erkenntnis hat die jüngst vorgestellte Umfrage zu „Streaming-Diensten“ erbracht?
4. Welche anderen Themen wurden im Rahmen der Marktwächter bisher in den Blick genommen?

9. Abgeordnete  
Bettina Dickes und  
Adolf Kessel (CDU)

#### **Sprachförderung an Schulen**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Schüler, die aus dem Ausland nach Deutschland zugezogen sind, besuchen in diesem Schuljahr eine rheinland-pfälzische Schule (bitte nach Herkunftsland differenzieren)?
2. Wie viele dieser Schüler sind anerkannte Asylsuchende oder befinden sich in einem Asylverfahren (bitte nach Herkunftsland differenzieren)?
3. Wie viele dieser Schüler nehmen an einem Deutsch-Intensivkurs teil?
4. Wie viele Schulen in Rheinland-Pfalz können – auch unter Berücksichtigung von Kooperationen mit anderen Schulen – keine Deutsch-Intensivkurse anbieten?

**10. Abgeordneter****Matthias Lammert (CDU)****Strukturelle und organisatorische Veränderungen bei den rheinland-pfälzischen Polizeidienststellen**

Die Polizeidienststellen im Land sind aufgrund der sinkenden Zahl an Vollzeitäquivalenten trotz steigender Aufgaben bei der rheinland-pfälzischen Polizei stark überlastet. 1,7 Millionen Überstunden schieben die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor sich her.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung aufgrund der personellen Engpässe bei der Polizei strukturelle und organisatorische Veränderungen bei den Polizeidienststellen im Land?
2. Liegen der Landesregierung Vorschläge aus den Polizeidienststellen bzw. Polizeipräsidien hinsichtlich solcher Veränderungen vor? Wenn ja, wie hat die Landesregierung gegenüber den Dienststellen zu den geäußerten Vorschlägen Stellung genommen?
3. Geht die Landesregierung davon aus, dass aufgrund der derzeitigen Personalsituation in naher Zukunft Dienststellen im Land geschlossen werden müssen?

**11. Abgeordnete****Michael Hüttner und  
Astrid Schmitt (SPD)****Agieren der EU-Kommission in Sachen Bahnlärm**

Wie während der Sommerpause der medialen Berichterstattung zu entnehmen war, hat sich die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc an den Bundesverkehrsminister gewandt und angemahnt, dass Deutschland zunächst keine eigenen Schritte zur Reduzierung des Bahnlärms ergreifen solle. Stattdessen bitte sie darum, auf eine gesamteuropäische Lösung im Jahr 2022 zu warten. Im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition auf Bundesebene ist jedoch das Ziel festgeschrieben, den Bahnlärm bereits bis 2020 u. a. durch das Verbot lauter Güterwaggons zu halbieren. Berichten der Rhein-Main-Presse vom 10. September 2015 zufolge haben Bürgerinitiativen erste Unterschriftensammlungen gegen das Vorgehen der EU-Kommission gestartet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was ist der Landesregierung zu der Initiative auf EU-Ebene bekannt, auf die die Kommissarin verweist?
2. Wie bewertet die Landesregierung aus rheinland-pfälzischer Sicht den Vorstoß aus Brüssel, insbesondere vor dem Hintergrund der nationalen Planungen?
3. Ist die EU-Kommission nach Einschätzungen der Landesregierung, auch aus Zuständigkeitsgesichtspunkten, befugt, der Bundesrepublik Deutschland und Rheinland-Pfalz bei diesem Thema verbindliche Vorgaben zu machen?
4. Welche Strategie erachtet die Landesregierung im Bemühen um die Reduzierung von Bahnlärm, insbesondere im Mittelrheintal, als zielführend?

**12. Abgeordnete****Pia Schellhammer und  
Wolfgang Schlagwein  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Initiative „Game Up“ – Software-/Gamesforum Rheinland-Pfalz**

Die Software- und Games-Branche als Teil der Digitalwirtschaft ist ein wachsender Markt mit großem Potenzial. Die Initiative „Game Up“ – Software-/Gamesforum Rheinland-Pfalz fördert die Branche mit Unterstützung des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Partner sind an der Initiative „Game Up“ – Software-/Gamesforum Rheinland-Pfalz beteiligt?
2. Mit welcher Summe fördert die Landesregierung die Initiative?
3. Wie hat sich die Software- und Games-Branche in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren entwickelt?
4. Welches Potenzial bietet die Software- und Games-Branche für die Digitalisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft?

**13. Abgeordneter****Dr. Peter Enders (CDU)****Krankenhausförderung in Rheinland-Pfalz**

In einem Interview mit der Rheinzeitung vom 31. August 2015 hat sich die Geschäftsführerin der Barmer-GEK Rheinland-Pfalz zur Krankenhausfinanzierung in Rheinland-Pfalz geäußert. Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit bestätigt die Landesregierung die Kritik der Barmer-GEK-Geschäftsführerin in Rheinland-Pfalz daran, dass Kosten für die Instandhaltung von Kliniken angesichts fehlender Fördermittel oftmals aus den Budgets für die Behandlung der Patienten bezahlt werden müssten?
2. Inwieweit bestätigt die Landesregierung die Kritik der Barmer-GEK-Geschäftsführerin in Rheinland-Pfalz daran, dass bei der Krankenhausinvestitionsförderung bis zu 190 Mio. Euro fehlten, weil das Land, gemessen an der Geldsumme die für Krankenhäuser insgesamt fließe, zu wenig Mittel für Investitionen zur Verfügung stelle?
3. Inwieweit stimmt die Landesregierung der Aussage zu, dass sie, wenn sie die Kliniken als Teil der Daseinsvorsorge ansieht, auch den damit verbundenen Verpflichtungen nachkommen muss?
4. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für ihre Politik zur künftigen Krankenhausfinanzierung?

**14. Abgeordnete****Alexander Schweitzer,  
Barbara Schleicher-  
Rothmund und  
Astrid Schmitt (SPD)****Tempo 30 für weniger Lärm und mehr Verkehrssicherheit**

Das Thema „Tempo 30“ ist, aus verschiedenen Blickrichtungen, immer wieder Thema regionaler und überregionaler Debatten. Zuletzt widmete der SWR am 6. August 2015 dem Thema eine Sendung seiner Reihe „Zur Sache Rheinland-Pfalz“. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat im Jahr 2015 in verschiedenen Kommunen Pilotprojekte mit dem Ziel einer Lärminderung durchgeführt. Zuletzt hatte die Verkehrsministerkonferenz in Rostock eine gesetzliche Erleichterung aus Sicht der Verkehrssicherheit beschlossen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wo wurden die beschriebenen Pilotprojekte durchgeführt und welche Erfahrungen wurden gemacht?
2. Welche Möglichkeiten zur Einrichtung von Tempo-30-Regelungen gibt es nach geltendem Recht?
3. Was ist der Landesregierung zum Umsetzungsstand des Beschlusses der Verkehrsministerkonferenz bekannt?

**15. Abgeordnete****Barbara Schleicher-  
Rothmund und Ingeborg  
Sahler-Fesel (SPD)****Integration von Studierenden mit Flüchtlingshintergrund**

Unter den derzeit zu uns kommenden Flüchtlingen sind auch viele junge Menschen, die in ihren Herkunftsländern bereits studiert haben bzw. eine Studienbefähigung haben und dies geplant hatten. Wie die Hochschule Ludwigshafen, die im kommenden Wintersemester ihre Türen für Asylsuchende öffnet (Rheinpfalz vom 12. September 2015) versuchen viele Universitäten mit Sofortprogrammen zu helfen. In den Bundesländern gibt es diverse Überlegungen, wie studieninteressierte Flüchtlinge schnellst möglich in die Lage versetzt werden können, ihr Studium wieder aufnehmen bzw. beginnen zu können.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Schritte plant die rheinland-pfälzische Landesregierung, um diese jungen Menschen schnell studierfähig zu machen?
2. Wie möchte die Landesregierung insbesondere dafür sorgen, dass die Sprachfähigkeit der jungen Flüchtlinge hergestellt wird?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung für diese Studierenden, bereits in der Phase vor einem gesicherten Aufenthaltsstatus am universitären Leben teilnehmen zu können?
4. In welcher Form sollen diese jungen Studierenden sich finanzieren können?

- 16. Abgeordnete**  
Alexander Licht und  
Hans-Josef Bracht (CDU)
- Vorlage der Bilanzen von Gesellschaften mit Landesbeteiligung am Flughafen Frankfurt-Hahn**
- Vor dem Hintergrund des aktuell laufenden Verkaufsprozesses fragen wir die Landesregierung:
1. Welche Bilanzen der Jahre 2012, 2013 und 2014 wurden wann mit welchen Ergebnissen veröffentlicht?
  2. Was waren die Gründe, dass etwaige rechtliche Vorgaben mit den entsprechenden Fristen von einzelnen Gesellschaften nicht eingehalten wurden?
  3. Welche rechtliche Verantwortung tragen nach Kenntnis der Landesregierung die Mitglieder von Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften für die Einhaltung von Rechtsvorschriften insbesondere für die Vorlage von Unternehmensbilanzen?
  4. Bis zu welchem Zeitpunkt erwartet die Landesregierung die Vorlage einer testierten Jahresbilanz der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH für das Jahr 2014?
- 17. Abgeordneter**  
Gunther Heinisch  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- BAföG-Förderung in Rheinland-Pfalz**
- Die Zahl der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen und entwickelt sich derzeit auf einem hohen Niveau. Auch angesichts der gewachsenen Studierendenzahlen bleibt die finanzielle Förderung von Studierenden aus Herkunftsfamilien mit geringem Einkommen eine zentrale Voraussetzung für die Ermöglichung eines gerechten Bildungszugangs. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) soll die Bildungschancen von jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation erhöhen.
- Vor diesem Hintergrund frage ich zum anstehenden Semesterbeginn die Landesregierung:
1. Wie hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Studierenden entwickelt, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz beziehen?
  2. Wie hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der Studierenden, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz beziehen, an der Gesamtheit der Studierenden entwickelt?
  3. Wie hat sich in den vergangenen fünf Jahren die durchschnittliche Fördersumme entwickelt, die monatlich je eingeschriebener Studentin bzw. je eingeschriebenem Student in Rheinland-Pfalz ausbezahlt wurde?
  4. Wie haben sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl und der Anteil der Studierenden entwickelt, die den Förderhöchstsatz nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz beziehen?
- 18. Abgeordnete**  
Adolf Kessel,  
Andreas Biebricher und  
Bettina Dickes (CDU)
- Aktuelle Situation der Erstaufnahme von Asylsuchenden**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie viele Plätze sollen als Erstaufnahme für Asylsuchende an den einzelnen Standorten in Rheinland-Pfalz bis zum Jahresende errichtet werden?
  2. Wie stellt sich die personelle Ausstattung des Landes der jüngst bezogenen Außenstellen der Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende durch das Land derzeit dar?
  3. Wie stellt sich der von der Landesregierung eingeräumte Verzug der Erstregistrierung der Asylsuchenden konkret dar?
  4. Wie viele Asylsuchende haben in den vergangenen drei Monaten die Erstaufnahmeeinrichtungen ohne Registrierung wieder verlassen?
- 19. Abgeordnete**  
Christian Baldauf  
und Josef Dötsch (CDU)
- Finanzielle Mittel für den Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz aus den Erlösen der Frequenzversteigerungen (Digitale Dividende II)**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Inwieweit geht die Landesregierung davon aus, dass die Mittel in Höhe von 15,36 Millionen Euro aus den Erlösen der Frequenzversteigerungen durch den Bund noch in diesem Jahr zum Ausbau der Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz verwendet werden können?
  2. In welchem Zeitraum rechnet die Landesregierung mit der Bekanntgabe der entsprechenden Förderrichtlinien?
  3. Inwiefern und in welchem Umfang beabsichtigt die Landesregierung eine Mitfinanzierung der Kommunen?

**20. Abgeordnete****Jutta Blatzheim-Roegler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Perspektiven für neue Bahnhaltunkte am Beispiel Kaiserslautern-Hohenecken**

Die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein wichtiges Ziel der rheinland-pfälzischen Landespolitik. In vielen Regionen engagieren sich Bürgerinnen und Bürger für den Anschluss an das umweltfreundliche Schienennetz, so auch in Kaiserslautern-Hohenecken. Die Stadt Kaiserslautern hat mittlerweile die Realisierung eines künftigen Bahnhaltunkts im Haushalt abgebildet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist der Sachstand bei der Umsetzung des neuen Bahnhaltunkts?
2. Welcher Zeitplan ist bei der Realisierung der Maßnahme vorgesehen?
3. Welche Verbesserungen für die Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV ergeben sich nach Ansicht der Landesregierung künftig für die Bevölkerung in Hohenecken durch den neuen Haltepunkt?
4. Welche weiteren Bahnhaltunkte werden in den kommenden fünf Jahren in Rheinland-Pfalz in Betrieb genommen?

**21. Abgeordnete****Martin Brandl und**  
**Christian Baldauf (CDU)****Aussagen im Grundsatzpapier der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Aussagen des vor der Sommerpause beschlossenen Grundsatzpapiers „Grüne Mittelstandspolitik – Für nachhaltige Investitionen, Innovationen, Wohlstand und Lebensqualität“ der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN?
2. Bei welchen Positionen des Grundsatzpapiers sieht die Landesregierung im Hinblick auf eine mittelstandfreundlichere Wirtschaftspolitik Anpassungsbedarf?
3. Inwiefern teilt die Landesregierung die Auffassung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, wonach in dem Grundsatzpapier nach wie vor auch Positionen enthalten sind, die nicht oder zu wenig die Bedürfnisse der Handwerksbetriebe berücksichtigen?

